



## Übergabe des Tätigkeitsberichts 2022/2023 der Landesbeauftragten an den Landtagspräsidenten

Birgit Neumann-Becker:

*„Das Jahr 2022 hat die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt einen großen Schritt weitergebracht. Mit den Mitteln des Härtefallfonds, den der Landtag erstmalig zur Verfügung gestellt hatte, konnte die Not von 13 Betroffenen von SED-Unrecht gelindert werden. Nach den Corona-Einschränkungen konnte die persönliche Vorort-Beratung wieder flächendeckend stattfinden. Zahlreiche Bildungs- und Informationsangebote fanden wieder in Präsenz statt und wurden stark nachgefragt. Die Unterstützung von Frauen und Männern, die in der DDR von politischem Unrecht betroffen waren, wird weiter fortgesetzt. Auch der Bedarf an Bildungsimpulsen, um die Öffentlichkeit über die SED-Diktatur zu informieren, ist groß. Der 70. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 wird in diesem Jahr mit einer Überblicksausstellung der Ereignisse in Sachsen-Anhalt ein Themenschwerpunkt sein. Das Zukunftszentrum in Halle wird den Zusammenhang zwischen Diktatur, friedlicher Revolution und nachfolgender Transformation anschaulich und konkret bearbeiten können. Denn die Aufarbeitung unserer Vergangenheit ist eine in die Zukunft gerichtete Aufgabe.“*

Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, hat dem Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dr. Gunnar Schellenberger, ihren Tätigkeitsbericht 2022/2023 fristgerecht übergeben. Auf 170 Seiten informiert sie über die Arbeit ihrer Behörde in den Bereichen Opferberatung, Aufarbeitung und Forschung, Erinnerungsarbeit und Bildung.

Als großen Erfolg für die Opfer wertet Neumann-Becker die Einrichtung eines Härtefallfonds für Opfer des SED-Unrechts durch die Regierungskoalition. Damit konnte, so Neumann-Becker, in 2022 13 Betroffenen in finanziellen Notlagen konkret geholfen werden. Denn gerade SED-Opfer befinden sich häufig in wirtschaftlich prekärer Lage, weil sie etwa durch die Verfolgung gesundheitlich geschädigt oder traumatisiert wurden oder weil das SED-Regime ihnen den angestrebten Berufsweg versagt hatte. In Zeiten von hoher Inflation und dramatisch steigenden Energiepreisen verschärft sich deren finanzielle Notlage weiter. Konkrete Unterstützung wurde bei (nicht von den Gesetzlichen Krankenkassen finanzierten aber notwendigen) Therapien und Mobilitätshilfen gewährt.

Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hat 2019 neue Rehabilitierungsmöglichkeiten für politisch Verfolgte eröffnet, die für Beratungen zu Re-

habilitierungen genutzt wurden. Die Zahl der persönlichen und telefonischen Beratungen der Landesbeauftragten stieg 2022 auf rund 3.100, ein deutlicher Zuwachs im Verhältnis zum Vorjahr, aber noch nicht auf ‚Vor-Corona-Niveau‘.

Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden für Betroffene von SED-Unrecht bleibt weiterhin schwierig. Obwohl bereits im Jahr 2019 vom Deutschen Bundestag ein Prüfauftrag an die Bundesregierung ergangen war, ist hier noch keine Verbesserung eingetreten. Die Landesbeauftragte unterstützt deshalb den Vorschlag der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag zur Einführung einer Vermutungsregelung, die eine erhebliche Erleichterung der Verfahren bedeuten würde.

Die Landesbeauftragte arbeitet eng mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv zusammen. Die Zahl der Akteneinsichtsanträge war 2021 stark gesunken und hat sich 2022 mit 2.711 Anträgen in diesem Bereich stabilisiert.

Die Landesbeauftragte hat auch 2022 zahlreiche Forschungsprojekte initiiert und gefördert, dazu gehört eine Arbeit zu den medizinischen, sozialen und pädagogischen Bedingungen in den Jugendhäusern Halle und Dessau sowie eine Biografie zu Herbert Prieu (studentischer Widerstand am 17. Juni 1953 in Halle).

Eine zentrale Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, die Erinnerung an das SED-Unrecht und zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich zu fördern. Die Landesbeauftragte unterstützt, fördert und kooperiert deshalb auf vielfältige Weise mit Opferverbänden, Initiativen und auf diesem Gebiet tätigen Vereinen, etwa bei Informations- oder Gedenkveranstaltungen. Im Januar 2023 unterstützte sie die Anbringung der „Letzten Adresse“ für das SMT-Opfer Horst Avemann in Elbe-Parey. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Installation der Gedenktafel für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Zeitz unterstützte die Landesbeauftragte eine Publikation, die entsprechend Biografien von Betroffenen aus Zeitz aufarbeitet.

Die digitale Karte „Orte der Repression in Sachsen-Anhalt von 1945 bis 1990“, ein Projekt von Mitarbeitern im Freiwilligen Sozialen Jahr, enthält nun 540 Datensätze und wurde um bereits errichtete Erinnerungsorte ergänzt. Die technische Umsetzung erfolgt weiter zuverlässig in Kooperation mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt.

Die Landesbeauftragte unterstützt die lokale Erinnerungsarbeit am Grünen Band.

Auch im vergangenen Jahr hat die Landesbeauftragte wieder Schulprojekte zu Menschenrechtsfragen in der DDR und zum „Archipel Gulag in der sowjetischen Literatur“ durchgeführt, bei denen ca. 835 Teilnehmende erreicht wurden.

Am 29. und 30. April 2022 führte die Landesbeauftragte in Kooperation mit der Union der Opferverbände der Kommunistischen Gewaltherrschaft in Magdeburg die Hybrid-Tagung „Geraubte Heimat! „Aktion Ungeziefer“ – 70 Jahre Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze“ durch. Dabei hat sie Erwartungen für die bessere Anerkennung der Folgen der Zwangsaussiedlung formuliert.

Das zweitägige Halle-Forum, an dem ca. 80 Personen, weitgehend ehemalige politische Häftlinge, unter dem Thema „Zwischen KSZE-Prozess und verschärfter Verfolgung. Die Bürgerrechtsbewegung im SED-Staat der 1970er- und 1980er-Jahre“ teilnahmen, beschäftigte sich mit den Widersprüchen sozialistischer Innen- und Außenpolitik.

Auch in Zukunft wird sich die Landesbeauftragte besonders für die Anerkennung und Wertschätzung der Opfer von SED-Unrecht einsetzen und für weitere Verbesserungen bei den Rehabilitierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Opfer werben. Dabei ist die besondere soziale und gesundheitliche Not der Betroffenen zu berücksichtigen, in die sie unverschuldet als Folge politischen Machtmissbrauchs geraten sind.

„Der Einsatz für die Opfer der SED-Diktatur und die Aufarbeitung ist in die Gegenwart und Zukunft gerichtet“, ist Neumann-Beckers Fazit. „Auch an dem Krieg in der Ukraine und an der Geschichtsumschreibung in Russland ist der hohe Wert von Demokratie und Freiheitsrechten zu erkennen. Dazu werden wir gemeinsam mit unseren Partnern auch in den nächsten Monaten Beiträge leisten. Dazu gehört neben Fortbildungen für Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt auch ein Modul für die Ausbildung von Rechtsreferendaren. Im Zusammenhang mit aktuellen Debatten wird deutlich, wie wichtig eine umfassende Geschichtsbildung für politische Entscheidungen und Einschätzungen ist. Dafür erwarte ich vom Zukunftszentrum in Halle zeitnah wichtige Impulse.“